

Schriftliche Anfrage betreffend Arbeitsbeschränkung und Studiengebühren für internationale Studierende

25.5318.01

Die Migrant*innensession beider Basel 2024 hat sich intensiv über die Situation von unterschiedlichen Studiengebühren wie auch Möglichkeiten zur Finanzierung des Studiums ausgetauscht und Fragen dazu formuliert, welche in die vorliegende Schriftliche Anfrage aufgenommen wurden.

Die Schweiz ist ein attraktiver Bildungs- und Arbeitsstandort und zieht viele internationale Studierende an. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zum Wissensaustausch und könnten langfristig als Fachkräfte die Schweizer Wirtschaft stärken. Besonders angesichts des Fachkräftemangels ist es von strategischem Vorteil, qualifizierte internationale Studierende nach Abschluss ihres Studiums im Land zu halten. Viele von ihnen möchten nach dem Studium in der Schweiz bleiben, hier arbeiten und zum Wohlstand des Landes beitragen.

Allerdings stehen internationale Studierende vor erheblichen Hürden, insbesondere bei den Arbeitsmöglichkeiten. Studierende aus EU/EFTA-Ländern dürfen während des Semesters höchstens 15 Stunden pro Woche arbeiten. Für Studierende aus Drittstaaten ist die Situation noch komplizierter: Sie dürfen erst sechs Monate nach Studienbeginn arbeiten, ebenfalls maximal 15 Stunden pro Woche, und müssen dafür ein Gesuch einreichen. Diese Arbeitsbeschränkungen erschweren es nicht nur, das Studium zu finanzieren, sondern machen es auch schwierig, wichtige Praxiserfahrungen in freiwilligen Praktika oder Projekten zu sammeln – Erfahrungen, die für den Berufseinstieg entscheidend sind. Die begrenzten Arbeitsmöglichkeiten verringern die Flexibilität der internationalen Studierenden auf dem Arbeitsmarkt, schwächen somit ihre beruflichen Chancen und mindern ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Zusätzlich zahlen internationale Studierende, je nach Universität oder Fachhochschule, teils deutlich höhere Studiengebühren. Im Basler Kontext zahlen Studierende der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), die ihren Wohnsitz bei Studienbeginn in der Schweiz haben, beispielsweise CHF 750 pro Semester, während Studierende mit Wohnsitz in der EU/EFTA CHF 1'000 und Studierende aus Nicht-EU/EFTA-Staaten CHF 1'250 pro Semester zahlen müssen. An der Pädagogischen Hochschule (PH) können die Gebühren sogar bis zu CHF 5'000 pro Semester betragen. Diese höheren Gebühren gelten für das gesamte Studium, selbst wenn die Studierenden nach Studienbeginn in die Schweiz ziehen, hier versichert sind und arbeiten. Obwohl ihre Lebenssituation dann derjenigen von inländischen Studierenden gleicht, bleibt die finanzielle Zusatzbelastung bestehen.

Die Kombination aus Arbeitsbeschränkungen und höheren Studiengebühren erschwert es internationalen Studierenden, ihr Studium zu finanzieren und gleichzeitig Praxiserfahrung zu sammeln. Dies verringert die Attraktivität der Schweiz als Studien- und Arbeitsort und behindert die langfristige Integration dieser Studierenden in den Arbeitsmarkt respektive vermindert die Chance, künftige Fachkräfte zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat im Hinblick auf eine rasche Verbesserung der Situation um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Ist dem Regierungsrat bewusst, dass internationale Studierende durch Arbeitsbeschränkungen und hohe Studiengebühren doppelt belastet werden? Wie schätzt er die Situation ein? In welchen Bereichen sieht er Probleme und in welchen Bereichen sieht er Veränderungspotenzial?
- Wie viele internationale Studierende, insbesondere an der FHNW, sind von den Arbeitsbeschränkungen und höheren Studiengebühren betroffen? Wie hoch ist der Anteil aus EU/EFTA-Staaten und aus Drittstaaten?
- Gibt es Informationen über den Wunsch internationaler Studierender, langfristig in der Schweiz zu bleiben? Wie viele internationale Studierende nehmen die Arbeit nach dem Studium in der Region auf? Wie schätzt der Regierungsrat das Potenzial ein, diese als künftige Fachkräfte zu gewinnen?
- Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, die Arbeitsbeschränkungen und Studiengebühren anzupassen, um die finanzielle Belastung zu verringern und die Wettbewerbsfähigkeit internationaler Studierender zu stärken? Dies insbesondere als präventive Massnahme gegen den Fachkräftemangel.
- Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, seinen Einfluss auf nationaler Ebene geltend zu machen, um die Situation bezüglich der Arbeitsbeschränkungen zu verändern, damit internationale Studierende ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten können.

Niggi Rechsteiner